

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 05.10.2021

Fraktion der FDP

Unterrichtsversorgung - vier Jahre Stillstand unter Minister Tonne?

Im Schuljahr 2016/17 lag die Unterrichtsversorgung bei 98,89 %. Für das Schuljahr 2021/2022 sind 99,0% prognostiziert. Das entspricht einer Steigerung von 0,11 Prozentpunkten. Im Koalitionsvertrag von SPD und CDU aus dem Jahr 2017 heißt es: „Ziel ist für die allgemeinbildenden Schulen eine Unterrichtsversorgung von mehr als 100 % im Landesdurchschnitt“. Dieses Ziel wurde in den vergangenen Schuljahren nicht erreicht. Vielmehr beabsichtigt die Landesregierung im Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023, Lehrstellen zu sperren, sodass diese nicht zur Steigerung der Unterrichtsversorgung besetzt werden können.

Von den rund 2 000 zum Schuljahresbeginn ausgeschriebenen Stellen wurden zum Schuljahresbeginn nur rund 1 600 Stellen besetzt. In seiner Pressekonferenz zum Schuljahresstart berichtete der Minister von einer Besetzungsquote von rund 80 %. Dabei ist auch die Anzahl der Absolventen des Vorbereitungsdienstes nicht ausreichend, um die freien Stellen zu besetzen. Lediglich 1 400 Personen haben zum Schuljahr 2021/2022 den Vorbereitungsdienst absolviert und standen den rund 2 000 ausgeschriebenen Stellen gegenüber. Die Zahl der Absolventen ist auch geringer als die der knapp 1 500 Lehrkräfte, die zum Ende des Schuljahres 2019/2020 ausgeschieden sind.

Neben der nicht ausreichenden Unterrichtsversorgung bleibt demnach auch kein Spielraum für die Maßnahmen der Arbeitszeitkommission, kein Raum für den Abbau von vorhandenen Mehrstunden der Lehrkräfte oder kleinere Klassen.

1. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung, um die Unterrichtsversorgung zum Schuljahr 2022/2023 zu steigern?
2. Welche Grundlagen schafft die Landesregierung dafür, den Lehrkräftebedarf der nächsten Jahre auch unter Berücksichtigung der geplanten Maßnahmen der Arbeitszeitkommission, des Abbau der Mehrstunden und kleinerer Klassen decken zu können, und welchen Bedarf sieht sie für die einzelnen Maßnahmen?
3. Kann die Landesregierung sicherstellen, dass die niedersächsischen Universitäten genügend Studienplätze, auch fächer- und lehramtsspezifisch, zur Verfügung stellen?

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer